



II-12083 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
MARIA RAUCH-KALLAT

GZ. 70 0502/202-Pr.2/93

A-1031 WIEN, DEN23.....Dezember...1993
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

5452/AB

1993-12-29

zu 5615/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Ilona Graenitz, Dr. Müller und Genossen haben am 12. November 1993 an mich eine schriftliche Anfrage mit der Nr. 5615/J betreffend das Symposium über die Freisetzung genetisch veränderter Organismen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Sind Ihnen die Berichte der parlamentarischen Enquete-Kommission (740 der Beilagen) bekannt?
2. Was waren die Gründe, daß kein/e Vertreter/in des Parlaments als Referent/in zum oben erwähnten Symposium geladen wurde?
3. Welcher Personenkreis wurde zu diesem Symposium eingeladen?
4. Wurden bei diesem Symposium die Ergebnisse der parlamentarischen Enquete-Kommission berücksichtigt?

- 2 -

ad 1

Sowohl VertreterInnen meines Ressorts als auch des Umweltbundesamtes haben an den Sitzungen der parlamentarischen Enquete-Kommission "Technikfolgenabschätzung am Beispiel der Gentechnologie" aktiv und mit großem Interesse teilgenommen. Die schriftlichen Berichte sind im Bereich meines Ressorts selbstverständlich bekannt und werden als wertvoller, konstruktiver Beitrag zur Diskussion über die gesetzliche Regelung der Gentechnologie in Österreich erachtet.

ad 2

Anlaß für das Symposium war die Präsentation der gemeinsamen Studie des Umweltbundesamtes und der Forschungsstelle für Technikbewertung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften mit dem Titel "Beurteilungskriterien für Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen in Österreich". Das Ziel der Studie bestand in der Konkretisierung von Kriterien für die Beurteilung der möglichen ökologischen Auswirkungen von Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen auf naturwissenschaftlicher Basis.

Es wurden an den Vorarbeiten zur Studie maßgeblich beteiligte, in Österreich tätige NaturwissenschaftlerInnen aus dem universitären Bereich sowie VertreterInnen von zuständigen Behörden aus dem internationalen Bereich als ReferentInnen geladen, um die Erfahrungen und den noch bestehenden Forschungsbedarf darzustellen.

Die Empfehlungen der parlamentarischen Enquete-Kommission zum Thema "Freisetzungen" werden von meinem Ressort sehr geschätzt, da sie auf dem Prinzip des vorsorgenden Umweltschutzes basieren. Sie sind jedoch allgemeiner Natur, während die betref-

- 3 -

fende Studie und das Symposium die sehr spezielle, naturwissenschaftliche Thematik der Konkretisierung von Beurteilungskriterien zum Inhalt hatte.

Es wurde daher zwar kein/e Vertreter/in des Parlaments als Referent/in geladen, sehr wohl aber sind an alle Parlamentsklubs Einladungen zur Teilnahme am Symposium versendet worden, nicht zuletzt, um die Gelegenheit zur breiteren Diskussion zu bieten.

ad 3

Es wurden 96 Einladungen verschickt, die in erster Linie an die Politik (Parlamentsklubs) sowie an möglicherweise in der Zukunft von der Materie betroffene oder an der Thematik interessierte Behörden und an NaturwissenschaftlerInnen der verschiedenen Fachrichtungen aus dem universitären und industriellen Bereich ergingen. Zusätzlich wurden Einladungen an die Medien verschickt, da der Themenbereich von allgemeinem öffentlichen Interesse ist.

ad 4

Von den BehördenvertreterInnen aus Deutschland, Großbritannien und Norwegen sowie vom Vertreter des Umweltdirektorates der OECD vorgebrachte Äußerungen zur Praxis der ökologischen Risikoabschätzung und deren Randbedingungen zeigten, daß die Empfehlungen der Enquete-Kommission zum Thema Landwirtschaft und Umwelt im Einklang mit der internationalen Praxis stehen. Eine Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der parlamentarischen Enquete-Kommission und den Ergebnissen des Symposiums besteht nicht.

- 4 -

Die Vorträge des Symposiums werden in den nächsten Wochen vom Umweltbundesamt in der Serie "Tagungsberichte" veröffentlicht. Das Umweltbundesamt wird sich erlauben, den Mitgliedern der Enquetekommission jeweils ein Exemplar zu übermitteln.

Maria Fauer-Kalah